

# Wenn Armut untergeht

## Gerechtigkeit in der entrüsteten Republik

### 1. Armutsprävention und Politik

Armut zu bekämpfen und drohende Armut abzuwehren, ist – faktisch – die Sache der von Armut bedrohten und betroffenen Menschen. Wenn es gelingt, Armutslagen zu überwinden und drohende Armut abzuwehren, dann ist das zumeist der ›Verdienst‹ derer, die ihre Armut überwunden und drohende Armut abgewehrt haben.

Gleichwohl ist Armutsbekämpfung und Armutsprävention eine öffentliche Aufgabe – und dementsprechend ein ›Gegenstand‹ der politischen Aushandlung:

Die Wege aus der Armut sind vorbestimmt und keineswegs beliebig. Die von Armut Betroffenen haben keinen Einfluss auf den Weg aus der Armut heraus, den sie gehen. Über die Wege aus der Armut wird politisch verhandelt; sie werden (bestenfalls) durch Politik festgelegt.

Um sich aus dem ›Griff‹ der Armut zu befreien, greifen die davon bedrohten und betroffenen Menschen auf die jeweils vorhandenen Ressourcen zurück. Diese sind ungleich verteilt, weswegen es bei den einen wahrscheinlich als bei anderen ist, einen Weg aus der Armut zu finden. Die Verteilung dieser Ressourcen wird im Wesentlichen politisch entschieden.

Ob und in welchem Maße Armutslagen zu abweichenden Formen der gesellschaftlichen Zugehörigkeit (Exklusion, Marginalisierung) führen, darüber wird politisch entschieden, – und dies, indem die gesellschaftliche Relevanz und die Auswirkungen von Armutslagen auf die gesellschaftliche Teilhabe ausgehandelt wird.

### 2. Politik in der entrüsteten Republik

Zwar bestimmt die Idee einer beratenden, im Ergebnis zusammenführenden Politik das Ideal der offiziellen Politik, wie sie etwa in den Parlamenten stattfindet. Die real-existierende Politik tendiert aber zu einem anderem Extrem: Politik als kämpferische Auseinandersetzungen zur Durchsetzung der eigenen Interessen – im Sieg über die konkurrierenden Interessen und über die, die diese vertreten.

Dass sich ›die Politik‹ in diese Richtung bewegt, ist auch eine Folge davon, dass der Neoliberalismus als umfassende Weltanschauung wirksam geworden ist. Neoliberal gestimmt wird Politik in der Weise von Konsument:innen betrieben, die ›vom Staat‹ passende Lösungen ›bestellen‹ und ihre Bestellungen mit der Macht ›bezahlen‹, die sie gegen die jeweilige Konkurrenz aufbringen.

Im Gegensatz zur neoliberalen Verheißung ist der Staat seit Anfang dieses Jahrhunderts wichtiger geworden – und folglich auch Politik. Um beim Staat möglichst viel durchzusetzen, aber vom ihm möglichst wenig belastet zu werden, wird sich entrüstet über das Zuwenig an staatlicher Unterstützung, das Zuviel an staatlicher Belastung oder das Zuviel an staatlicher Bürokratie, – über Freiheitsentzug und Verbote.

Im Wettbewerb der Entrüstungen sind diejenigen erfolgreich, die sich wirksamer entrüsten als die jeweils anderen. Bemessen wird die Wirksamkeit daran, ob und in welchem Maße staatliche Institutionen Entrüstungen als Gefahr oder Bedrohung wahrnehmen.

### 3. Die fehlende Repräsentation von Armutsbetroffenen

Die von Armut bedrohten und betroffenen Menschen sind in der Politik weniger engagiert – und dies auch dann, wenn es in den politischen Auseinandersetzungen um Armut, Armutsbekämpfung und Armutsprävention geht. Armut im Sinne der abweichenden Zugehörigkeit zeigt sich auch darin, dass sich die von Armut bedrohten und betroffenen Menschen politisch nicht selbst vertreten. Über Armutsbekämpfung und Armutsprävention wird weitgehend in Abwesenheit der davon betroffenen Menschen verhandelt – und entschieden.

In entsprechenden gesellschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen treten Einrichtungen und Organisationen auf, die die Interessen der von Armut bedrohten und betroffenen Menschen anwaltschaftlich vertreten. Armut im Sinne der abweichenden Zugehörigkeit drückt sich auch darin aus, dass die Interessen der von Armut bedrohten und betroffenen Menschen stellvertretend vertreten werden. Die in diesem Sinn Armen sind abhängig davon, dass ihre Interessen von jemandem vertreten werden, ohne dass sie Einfluss darauf haben, wer sie vertritt.

### 4. Der ›Untergang‹ von Armut

Auch wenn man sich über Armut in einem wohlhabenden Land entrüstet, kann diese besondere Entrüstung im Wettbewerb der Entrüstungen nicht ›gewinnen‹ – und dementsprechend auch Fragen der Armutsbekämpfung und Armutsprävention politisch nicht brisant werden. In der Konkurrenz mit den lauten und politisch brisanten Entrüstungen geht die Entrüstung über Armut unter.

Staat Armut wird Armutsbekämpfung und Armutsprävention zum Gegenstand der öffentlichen Entrüstung. Mehr oder weniger ausdrücklich empört man sich dann zugleich über ›die Armen‹, die der staatlichen Unterstützung nicht würdig sind. So wird aus einer öffentlichen Aufgabe, Armutsbekämpfung und Armutsprävention, ein öffentliches Versagen, nämlich die staatliche Subvention von unwürdigem Verhalten unwürdiger Arme.

Wenn Armut nicht gänzlich im Wettbewerb der Entrüstungen verloren geht, dann wird es in der ›entrüsteten Republik‹ vor allem stereotypes Wissen über Armut, Armutsbekämpfung und Armutsprävention geben. Wird auf dieser Grundlage Armutsbekämpfung und Armutsprävention politisch verhandelt, werden diese zu wenig angemessenen Lösungen führen. Wahrscheinlich ist, dass die vereinbarte Armutsbekämpfung und Armutsprävention zu abweichenden Formen der Zugehörigkeit führen.

### 5. Beraten statt entrüsten

Politisch sollte man Armutsbekämpfung und Armutsprävention nicht auf dem Wege der Entrüstung betreiben. Auf diesem Wege wird man wahrscheinlich ›untergehen‹.

Über Armutsbekämpfung und Armutsprävention sollte man politisch dort verhandeln, wo Inhalte und Argumente ausgetauscht, darüber das gemeinsame Wissen ausgeweitet und die politisch ausgehandelten Maßnahmen der

Armutsbekämpfung und Armutsprävention geprüft und verbessert werden können. Dafür sollte man politische Arenen aufsuchen, die von der ›entrüsteten Republik‹ bislang nicht eingenommen wurde, oder man sollte für entsprechende Arenen sorgen. Diese Arenen sind gefährdet, von der ›entrüsteten Republik‹ eingenommen zu werden – und müssen vor dem Wettbewerb der Entrüstungen geschützt werden.

Staatliche Institutionen müssen sich resilient gegenüber Entrüstungswellen ›machen‹. Nur so können sie eine Armutsbekämpfung und Prävention betreiben, die die von Armut bedrohten und betroffenen Menschen nicht in abweichende Formen der gesellschaftlichen Zugehörigkeit versetzt, – vorausgesetzt, dass sie dies nicht ›von sich aus‹ betreiben.

